

Wie weiter mit der Energiepolitik? = Politique énergétique : quelle suite?

Autor(en): **Buttet, Yannick / Chevalley, Isabelle / Girod, Bastien**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des associations Electrosuisse, AES**

Band (Jahr): **106 (2015)**

Heft 9

PDF erstellt am: **09.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-856707>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wie weiter mit der Energiepolitik? Politique énergétique: quelle suite?

Statements von Parlamentarierinnen und Parlamentariern Déclarations de parlementaires

Im Hinblick auf die kommenden Parlamentswahlen befragte das Bulletin SEV/VSE sieben Energiepolitikerinnen und -politiker aus unterschiedlichen Parteien nach ihren Einschätzungen und Erwartungen.

En vue des prochaines élections parlementaires, le Bulletin SEV/AES a demandé à sept politiciennes et politiciens spécialisés en énergie de différents partis leurs évaluations et leurs attentes.

Die drei Fragen, die allen Befragten gestellt wurden, lauteten:

- Was ist Ihr energiepolitisches Fazit der Legislaturperiode 2011–2015?
- Was sind Ihre energiepolitischen Erwartungen für die Legislaturperiode 2015–2019?
- Was sind Ihre Erwartungen an die Branche?

Les trois questions qui leur ont été posées étaient les suivantes:

- Quel bilan tirez-vous de la législature 2011–2015 en ce qui concerne la politique énergétique?
- Quels sont vos souhaits en matière de politique énergétique pour la législature 2015–2019?
- Quelles sont vos attentes envers la branche?



Yannick Buttet, PDC (Valais)

« La législature qui se termine a été intense en matière de politique énergétique. La Stratégie énergétique 2050 a été développée et continue son cheminement parlementaire. Cette stratégie n'est pas parfaite mais elle combine au mieux la volonté politique de sortie du nucléaire et l'adaptation aux défis actuels posés par la situation mondiale, et européenne en particulier, dans le domaine énergétique.

La force hydraulique a pu regagner en visibilité en tant que principale énergie

renouvelable dans notre pays et les problèmes qu'elle vit actuellement ont été reconnus. C'est un pas important pour son maintien et son renforcement. La deuxième partie de la Stratégie énergétique doit aussi être lancée et son objectif doit être de se rapprocher au maximum du marché tout en maintenant des incitations. Un double objectif pas toujours aisé à atteindre.

J'attends de la branche qu'elle continue à être innovante et dynamique pour s'adapter à la nouvelle donne économique et politique. J'attends également de sa part qu'elle reste constructive par rapport à la Stratégie énergétique 2050 et cherche à en tirer profit plutôt qu'à tenter de maintenir un statu quo illusoire. »



Isabelle Chevalley, PVL (Vaud)

« Durant cette législature, nous avons commencé à mettre en place la Stratégie énergétique qui nous permettra de sortir du nucléaire. Afin de ne pas se retrouver au pied du mur sans solution, il est essentiel de faire des choix stratégiques et de s'y tenir. Notre économie a besoin de sécurité.

Durant la prochaine législature, il faudra clore cette Stratégie et aller certainement la défendre devant le peuple. Cela ne me fait pas peur car le peuple suisse est raisonnable et il est conscient que nous sommes arrivés à un tournant énergétique qu'il ne faut pas rater. Il est im-

pensable de vouloir reconstruire une nouvelle centrale nucléaire, dès lors planifions son arrêt.

J'espère que la branche électrique saura saisir que cette stratégie énergétique est une chance et qu'elle se battra à nos côtés pour la défendre devant le peuple. S'y opposer serait une attitude irresponsable pour notre sécurité énergétique. »



Bastien Girod, Grüne (Zürich)

« Energiepolitisch gingen wir drei Schritte vorwärts und (wenn der Ständerat der Energiekommission folgt) zwei zurück. Von der Energiewende und vom Atomausstieg ist wenig übrig geblieben. Damit hat sich die Diskrepanz zwischen der Schweizer Energiepolitik und der Entwicklung im Markt sowie in den umliegenden Ländern vergrössert.

In der kommenden Legislaturperiode sollte erst einmal die Energiestrategie mit den notwendigen Anreizen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz sowie dem vom Ensi empfohlenen Langzeitbetriebskonzept mit steigender Sicherheitsmarge verabschiedet werden. Ansonsten fehlen auch die Voraussetzungen für eine breite Akzeptanz der Öffnung des Endkunden-Marktes. Das wäre bedauerlich, weil eine solche Öffnung Chancen für die Entwicklung innovativer Angebote bringt. Beim Übergang von der Förderung zur Lenkung sind Instrumente zu entwickeln, welche nicht einfach dazu führen, dass die (erneuerbare) Stromproduktion ins Ausland verlagert wird. Sonst schadet dieser Übergang der Wirtschaft. Schliesslich bietet die kommende CO₂-Gesetzrevision für die Klimaziele 2030 die Möglichkeit, die Rahmenbedingungen für klimafreundliche Technologien weiter zu verbessern.

Die Branche ist ja nicht ganz homogen. Von jenen, die sich bereits heute stark für innovative, erneuerbare und effiziente Lösungen einsetzen, wünsche ich mir, dass sie so weitermachen. Vor

allem von der Axpo würde ich mir statt des vehementen Widerstands gegen den Atomausstieg eine konstruktivere Vorwärtsstrategie wünschen.»



Bernhard Guhl, BDP (Aargau)

«Während dieser Legislatur ist parallel zur Beratung der Energiestrategie 2050 der Strompreis in Europa sehr tief gesunken. Zusammen mit der Euro-Schwäche sinken damit Erträge für die Produktion elektrischer Energie massiv. Schwer davon betroffen sind unsere Wasserkraftwerke. Da in nächster Zukunft kein Anstieg der Strompreise in Sicht ist, haben wir hier grossen Handlungsbedarf.

Gesamtenergiepolitisch gesehen wünsche ich mir, dass die Schweiz ihre energetische Auslandabhängigkeit reduziert. Das Energiesparpotenzial im Gebäudereich ist riesig. Hier muss mehr gemacht werden. In der Energiestrategie, die fertig beraten wird, sind noch einige Verbesserungen notwendig. «Produce and forget» ist keine Lösung. Das Augenmerk muss vielmehr auf die Speicherung gelegt werden. Die Wasserkraftwerke dürfen gegenüber den neuen erneuerbaren Energien nicht weiter benachteiligt werden – sie sind das Rückgrat der Schweizer Stromversorgung.

Die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ist eine Realität. Gewisse politische Exponenten träumen noch immer von neuen Kernkraftwerken. Das ist eine Illusion. Ich erwarte von der Branche, dass sie sich in der Debatte um die Energiewende aktiv einbringt und mitteilt, die Vorlage zu verbessern. Die Branche weiss wesentlich besser, was es für einen zukunftsgerichteten Umbau des Energiesystems braucht als konservative Politiker. Lösungen sind gefragt – Widerstand bedeutet in der Elektrotechnik Verlust.»



Felix Müri, SVP (Luzern)

«Nach den Ereignissen von Fukushima hat der Bundesrat, aber auch das Parlament, den Pfad der energiepolitischen Tugend verlassen und in einer veritablen Hauruckübung die Energiestrategie lanciert. Diese gefährdet die bislang funktionierende Energieversorgung der Schweiz fundamental und führt zu mehr Subventionen und staatlicher Regulierung – Gift für unseren

Werkplatz und die Bevölkerung. Es bleibt zu hoffen, dass die zurzeit im Parlament hängige Strategie noch massive Korrekturen erlebt oder noch besser, dass das Volk der ganzen utopischen Energiewende die wohlverdiente Ablehnung zuteilt.

Auch in der kommenden Legislatur wird die Sache nicht besser. Zu erwähnen ist das zweite Paket der Energiestrategie, mit welchem der Bundesrat eine Klima- und Stromabgabe einführen will, was Wirtschaft und Bevölkerung zusätzliche Kosten aufbürdet und die internationale Konkurrenzfähigkeit schmälert. Hoffnung in diesem Fall gibt die Bevölkerung, welche ein ähnliches Projekt (Energie- statt Mehrwertsteuer) in diesem Frühling mit rekordhohen 92% Nein-Stimmen eine klare Absage erteilt hat. Ohnehin hat die Bevölkerung in der Vergangenheit neuen Abgaben und Gebühren in diesem Bereich sowohl auf kantonaler als auch nationaler Ebene stets eine Absage erteilt. Noch ist also nichts verloren.

Von der Branche wünsche ich mir, dass sie endlich wieder lernt, gemeinsam an einem Strick zu ziehen und in der Energiepolitik mit einer Stimme spricht. Sololäufe haben in diesen wichtigen Fragen keinen Platz.»



Silva Semadeni, SP (Graubünden)

«Nach Fukushima haben Bundesrat und Parlament – endlich – die Energiewende aufgegleist. Wir sind nun auf gutem Weg. Es werden keine neuen AKWs bewilligt. Die Schweiz setzt auf Energieeffizienz und auf die sichere und zuverlässige Versorgung mit erneuerbarer Energie. Dies ist im Interesse von uns allen. Die Wertschöpfung bleibt in der Schweiz und schafft Zehntausende qualifizierte Arbeitsplätze in allen Regionen. Die Unabhängigkeit von nuklearen und fossilen Energien ist – mit Blick in die Zukunft – zwingend.

Das neu gewählte Parlament muss Nägel mit Köpfen machen und eine vernünftige Regelung für die schrittweise Stilllegung der alten AKWs beschliessen. Dies bringt Planungssicherheit – gerade auch für die Branche. Ebenso ist es erforderlich, dass bei nicht nachhaltigen Energieträgern, insbesondere beim schmutzigen Kohlestrom, die Umweltkosten mit einem wirksamen Lenkungs- und Finanzierungssystem berücksichtigt werden. Das ist nicht nur eine klimapolitische

Notwendigkeit, sondern zentral auch für die Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energien, allen voran der Wasserkraft, dem Rückgrat unserer Energieversorgung. Zudem: Echte Erfolge für Mensch und Umwelt ergeben sich, wenn wir auf Natur und Landschaft achtgeben.

Ich wünsche mir, dass die Branche die Energiewende konstruktiv unterstützt, zur Realisierung des vorhandenen riesigen Stromsparpotenzials beiträgt und kooperativ Hand bietet für den geregelten Atomausstieg. Unsere über 40-jährigen, störungsanfälligen AKWs sind gefährlich und teuer.»



Christian Wasserfallen, FDP (Bern)

«2011 haben Bundesrat und Teile des Parlaments emotional ohne Grundlage viele Tugenden in der Energiepolitik über Bord geworfen. Schnell wurden Subventionstöpfe, Regulierungen und Technologieverbote gefordert. In der Energiestrategie kommen jedoch die wirklich wichtigen Themen nicht vor: Es fehlen die Stärkung der Wasserkraft, der Ausbau von Netzinfrastruktur und Speichern, eine gute Lösung gegen die deutschen Wettbewerbsverzerrungen im Strommarkt und die Liberalisierung des Strommarktes.

In der kommenden Legislaturperiode müssen Grössenordnungen, Deregulierungen und das wirklich Wichtige wieder ins Zentrum rücken. Man kann die Kernenergie nicht mit Wind- und Solarkraftwerken ersetzen, wenn man keine zusätzlichen Abhängigkeiten von fossiler Stromproduktion im Aus- oder Inland will. Deregulierungen beim Ausbau von Wasserkraftwerken, Netzen, Speichern tun Not. Subventionen sind abzuschaffen. Stattdessen sind Gesellschaft und Wirtschaft zu energetischen Investitionen gezielt anzureizen.

Die Branche sollte wieder konsequent in den Fahrersitz der Energiepolitik steigen, statt die Politik über sich bestimmen zu lassen. Zu verschieden sind die Meinungen, weshalb die Branche kaum als Einheit wahrgenommen wird. Zu stark werden heute Geschäftsmodelle und Interessen nach dem kurzfristigen Streben nach Subventionen ausgerichtet. Somit wird die Branche abhängig von den oft quirligen Wendungen der Politik, was in der langfristigen Energie-Infrastrukturpolitik nicht zielführend ist.»